



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Ansprechpartner: Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax : (0221) 221-26005

E-Mail: norbert.schnitzler@stadt-koeln.de

Datum: 14.05.2009

Auszug

aus der Niederschrift der 37. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 04.05.2009

öffentlich

**3.2 Eingabe für die Weiterentwicklung des Kölner Müllkonzeptes und der Kölner Müllgebührenpolitik (Az.: 02-1600-2/09)
1166/2009**

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller erläutert ausführlich seine Eingabe. Zu Beginn begrüßt er es, dass die Verwaltung einige seiner Anliegen unterstützt. Er hofft, dass günstige Standorte für die zwei weiteren Wertstoffhöfe gefunden werden. Er kritisiert allerdings die Stellungnahmen der Verwaltung zu seinen Vorschlägen zur Volumenerfassung des Mülls für eine verursachergerechte Müllgebühr, zur Anregung hinsichtlich der Energieerlöse, zur Stilllegung einer Ofenlinie und zu seinem Vorschlag für eine Rekommunalisierung der MVA.

Frau Stüwe, 57 Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz, nimmt Stellung für die Verwaltung. Sie macht deutlich, dass bei einer Erfassung des Restmülls nach dem Volumen davon auszugehen ist, dass Teile des Abfalls ordnungswidrig entsorgt würden. Bei nur 5 % der Müllmenge würden dann umgerechnet ca. 15.000 Tonnen Müll im öffentlichen Straßenland landen. Sie widerspricht auch der Aussage des Antragstellers zum Umgang mit den Energieerlösen; diese kommen zu 100 % den Gebührenzahlern zugute. Durch die vom Antragsteller geforderte Stilllegung einer Ofenlinie würden die Verbrennungskosten nicht sinken, da die Verbrennungsanlagen überwiegend durch Fixkosten geprägt sind. Die vom Antragsteller geforderte Rückführung der MVA in kommunale Trägerschaft könnte nur dann realisiert werden, wenn der private Investor mitziehen würde; derzeit könnte davon nicht ausgegangen werden. Der Vertrag laufe noch bis zum Jahre 2025.

Herr Dr. Elster dankt den Antragstellern für die fachlich fundierte Ausarbeitung. Er regt an, die Angelegenheit wegen des doch erheblichen Diskussionsbedarfes an den Umweltaus-

schuss zu überweisen mit der Empfehlung, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Herr Dr. Fladerer weist darauf hin, dass viele der sicherlich lobenswerten Anregungen der Antragsteller und entsprechende Alternativen bereits im Arbeitskreis für Abfallthemen ausführlich diskutiert wurden. Er sieht die Abfallpolitik der Stadt Köln auf einem guten Weg und unterstützt die Ausführungen der Verwaltung. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, die Eingabe dem Umweltausschuss zu überweisen.

Herr Brust greift sehr detailliert die Kritikpunkte des Antragstellers auf und unterstützt dabei die Darstellung der Verwaltung. Auch aus seiner Sicht sei es z. B. wünschenswert, die MVA zurück in kommunale Trägerschaft zu führen, allerdings sei der private Anteilseigner nicht bereit, zu verkaufen. Derzeit würden einige Tochterfirmen der MVA zurückgekauft und in die AVG überführt. Auch er unterstützt eine Verweisung an den Umweltausschuss. Er regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ergänzen, dass die Abfallberatung auch über Abfallvermeidung informiert.

Frau Gebauer spricht sich ebenfalls dafür aus, die Eingabe aufgrund des sehr umfangreichen Beratungsbedarfs an den Umweltausschuss zu überweisen.

Frau Schmerbach regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung auch dahingehend zu ergänzen, dass die Gebührenbescheide auch für eine Werbung zur Erhöhung der Anschlussquote für die Wertstofftonnen genutzt werden.

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Darstellung der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und überweist die Eingabe an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün. Es wird empfohlen, die Verwaltung zu bitten, wie zugesagt gemeinsam mit der AWB ein Beratungskonzept zur Reduzierung des Wertstoffanteils in der Restmülltonne zu entwickeln und weiterhin für eine Erhöhung der Anschlussquote für die Wertstofftonnen z. B. auch mit den Anlagen zum Gebührenbescheid zu werben. In diesem Zusammenhang soll auch über die Möglichkeiten zur Müllvermeidung informiert werden. Ferner wird gebeten, wie geplant im Rahmen eines Modellversuchs kurzfristig an zwei weiteren Standorten die Möglichkeit zur Abgabe von Wertstoffen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.